

Basel, den 21. Juni 2010

## **Medienmitteilung**

### **Vernehmlassung zum Entwurf eines Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt**

Die Grüne Partei Basel-Stadt kann nachvollziehen, dass als Folge der neuen Spitalfinanzierung Handlungsbedarf bei den öffentlichen Spitälern des Kantons BS besteht. Hingegen sehen wir keine Zwangsläufigkeit für eine Auslagerung aus der Verwaltung, weil auch andere Möglichkeiten existieren, den Spitälern Bilanzfähigkeit und den notwendigen Handlungsspielraum zu verschaffen, beispielsweise im Rahmen eines eigenen Rechnungskreises als öffentlich-rechtliche Anstalten ohne Rechtspersönlichkeit. Mit Vehemenz lehnen wir es ab, dass durch eine neue Rechtsform die demokratische Kontrolle und Einflussmöglichkeit durch den Grossen Rat stark beschnitten werden soll. Auch möchten wir verhindern, dass durch eine Auslagerung der Spitäler eine schleichende Privatisierung von Serviceleistungen, die nicht zum medizinischen Kerngeschäft der Spitäler gehören, stattfindet. Wir unterstützen, dass weiterhin das kantonale Personal- und Lohngesetz gelten soll, verlangen aber auch, dass das Personal weiterhin vollumfänglich bei der Pensionskasse BS und mit demselben Leistungsplan versichert bleibt. Privatrechtliche Anstellungen für ganze Berufsgruppen lehnen wir ab.

Weitere Auskunft erteilt Ihnen gerne:

Elisabeth Ackermann, Geschäftsleitung  
Jürg Stöcklin, Präsident

079 333 47 25  
079 817 57 33